

## **Srebrenica, 11. Juli 1995 - Das Massenschlachten beginnt.**

Reden/Artikel

*Beitrag für die August 2005- Ausgabe des vorwärts; Ausgabe Baden-Württemberg*

Srebrenica, 11. Juli 1995

Das Massenschlachten beginnt. Ratko Mladic überfällt die UNO- Schutzzone im Osten Bosniens. 25 000 Muslime flüchten nach Potocari. Sie hoffen auf Hilfe der holländischen Blauhelmsoldaten. Aber sie fallen den Serben nicht in den Arm. Frauen und Kinder werden von den Männern getrennt. Die meisten Männer, fast 8.000, werden ermordet.

**Sebrenica: für mich war das der Wendepunkt.** Dieses Ereignis prägte die SPD-Bundestagsfraktion. Nach langen, harten Debatten fand sich eine Mehrheit, die den Einsatz der Bundeswehr befürworten mochte, wenn und insoweit die Bedingungen erfüllt sind, die vom Bundesverfassungsgericht gefordert werden. Keinem wurde in diesen Debatten etwas geschenkt. Sie rüttelten an den Grundfesten der Überzeugung eines jeden.

Sie riefen das persönliche Gewissen auf.

Und so ist es bis heute geblieben. Jede Entscheidung, ob Deutschland sich an multilateralen Sicherheitseinsätzen beteiligt, wird bis in jedes Detail und in jede Facette geprüft. Denn, für die Sozialdemokratie bleibt unumstößlich: unsere Außenpolitik ist allein auf den Erhalt des Friedens gerichtet. Wir wollen, dass Konflikte beigelegt werden. Krisen vorzubeugen, zu verhindern, dass sie ausbrechen, dazu braucht es wirksame Instrumente - die Politik der sozialen und ökologischen Reform, demokratische Teilhabe, wirtschaftliche Prosperität.

Nur dann, wenn der Frieden anders nicht gesichert werden kann, wenn anders das Leben von Menschen nicht vor dem Massenmord geschützt werden kann, darf geprüft werden, ob, im Rahmen der EU und der UNO, die Bundeswehr eingesetzt wird.

Der Deutsche Bundestag hat sich in diesen zehn Jahren seiner Verantwortung gestellt. Er folgt dabei dem obersten innerstaatlichen Prinzip, wenn es darum geht, den Einsatz staatlich legitimer Gewalt zu rechtfertigen: der Angemessenheit bei der Wahl der einzusetzenden Mittel.

Gewiss, einige Regionen Südosteuropas können heute noch nicht ein ausreichendes Maß an Sicherheit selbst produzieren. Noch ist es nötig, dass die internationale Gemeinschaft hilft, damit die neu entstandenen Staaten ihre Freiheit und ihre Sicherheit selbständig befestigen lernen.

Und doch: zehn Jahre nach Sebrenica dürfen wir eine vorsichtige

Zwischenbilanz ziehen. Sie sieht besser aus, als 1995 zu vermuten war.

Europa kann zu einem friedlichen Kontinent werden, auch dort wo es noch von Krisen geschüttelt wird. Damit alle europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Lebensentwürfe, gemeinsam mit anderen, verwirklichen können. Daran wirkt sozialdemokratische Außenpolitik mit. Das soll auch in Zukunft so bleiben.

[Vorwärts Baden- Württemberg](#)

Veröffentlicht am 13.07.2005